

## Söder schlägt Alarm «Dramatischer» Umfragetrend der Union vor Wahl

MÜNCHEN CSU-Chef Markus Söder hat am Donnerstag bei einer Präsidentsitzung seiner Partei angesichts schlechter Umfragewerte der Union aus CDU und der bayerischen Schwesterpartei CSU vor der Bundestagswahl im September Alarm geschlagen. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus Teilnehmerkreisen. Nach einer neuen Umfrage habe die Union nur noch einen Prozentpunkt Vorsprung. Söder sprach den Angaben zufolge von einem Trend, der «dramatisch» sei. Es sei nicht sicher, wie es weitergehe, habe Söder gesagt. Es bestehe nach der Wahl die Gefahr einer Ampel-Koalition (SPD, FDP und Grüne) oder eines Linksbündnisses. Der CDU-Vorsitzende und gemeinsame Kanzlerkandidat von CDU und CSU, Armin Laschet, hatte erst am Mittwoch trotz bröckelnder Umfragewerte gesagt, er sehe keinen Anlass, auf seine Kandidatur für die deutsche Parlamentswahl am 26. September zu verzichten. (sda/dpa)

## In Deutschland Sozialausgaben um 6,5 Prozent gestiegen

BERLIN Die Sozialausgaben in Deutschland sind im Coronajahr 2020 deutlich gestiegen. Die Sozialhilfeträger gaben 14,4 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen aus, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Das waren 6,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Mehr als die Hälfte der Summe machte die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aus: Auf diese Leistung, die vollständig aus Erstattungsmitteln des Bundes an die Länder finanziert wird, entfielen 7,6 Milliarden Euro. Das waren 10,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Der grösste prozentuale Anstieg war jedoch mit 14,0 Prozent auf 4,3 Milliarden Euro bei der Hilfe zur Pflege zu verzeichnen. Die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt sanken dagegen um 21,6 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro. In die Hilfen zur Gesundheit, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie die Hilfe in anderen Lebenslagen flossen zusammen 1,3 Milliarden Euro, ein Rückgang von 0,8 Prozent. (awp/sda/reu)

# Afghanische Frauen: «Die Burka ist unser geringstes Problem»

**Stimmungsbild** Der neue Status quo seit Sonntag - dem Tag der erneuten Machtübernahme der Taliban - ist für Frauenrechtsaktivistinnen niederschmetternd. «Wir Frauen haben alles verloren», sagt etwa die Parlamentarierin Raihana Asad.

VON VERONIKA ESCHBACHER, DPA

Marina Haidari holen Kindheitserinnerungen ein. Eine davon stammt etwa aus dem Jahr 1997, als die Taliban erstmals in Afghanistan an der Macht waren. Damals beschallten sie ständig die Strassen mit furchteinflössenden Liedern aus Lautsprechern, die an ihren Trucks angebracht waren. Kaum waren die Hymnen zu hören, verzogen sich alle in Windeseile in ihre Häuser und Wohnungen. Nur einmal war Marina schon fast beim Basar. Aus dem Nichts fuhr sie ein Talib an und schlug ihr mit einer Peitsche auf die Wange. Ihr Vergehen? Sie trug keine Burka. Sie war noch keine 13 Jahre alt. Heute ist Marina fast 37 Jahre. Sie müsse den Kopf schütteln, erzählt sie am Telefon, als mehrere ihrer jüngeren weiblichen Verwandten in ihrem Schlafzimmer erstmals eine Burka anprobieren. Die Taliban sind wieder in der Stadt, seit weniger als einer Woche, und die jungen Mädchen probieren dieses blaue, schwere Ungetüm von Verschleierungsstück aus diesem gerillten, plastikähnlichen Stoff. Erstmals blicken sie durch das vergitterte Sichtfeld.

Eine Schwägerin hatte die Burka, in einer bösen Vorahnung, die Islamisten könnten bald in der Stadt stehen, vor etwa drei Wochen erstanden. «Dieses Ding ist vielleicht das sichtbarste Zeichen dessen, dass sie wieder an der Macht sind», sagt Marina. «In Wirklichkeit aber ist der Tschadori unser geringstes Problem», sagt sie weiter und verwendet den in Afghanistan üblichen Namen für die Burka. «Da wird wieder viel Übleres auf uns zukommen.»

### «Wie ein Tier behandelt»

20 Jahre lang hat der Westen nach dem US-Einmarsch in Frauenrechte in Afghanistan investiert. Unzählige Gelder flossen in diese Programme, und sie erreichten nicht nur die Städte, sondern auch ländliche Gebiete. Frauen erzählten in der Vergangenheit davon, dass es ihnen in



Ein Taliban-Kämpfer vor einem Schönheitssalon in Kabul, auf denen die Bilder von Frauen mit Farbe verunstaltet worden sind. (Foto: RM)

diesen Programmen wie Schuppen von den Augen gefallen sei. «Mir wurde erstmals klar, dass ich mein ganzes Leben lang wie ein Tier behandelt worden war», sagte eine Frau in der Provinz Badachschan im Norden des Landes.

### Oft nur eine Antwort: Gewalt

Gleichzeitig setzten für die Frauen diese Programme oft auch eine Achterbahnfahrt in Gang. Sie kamen gestärkt zu Hause an und stellten Forderungen. Dass sie innerhalb der Familie eine Stimme haben möchten, sich bilden möchten, eine Arbeitsstelle finden möchten oder politische Ämter möchten. Da es aber praktisch keine Programme gab, um auch Männern die Wichtigkeit von Frauenrechten mitzugeben, kannten diese sich nicht mehr aus. Oft hatten sie nur eine Antwort auf

diese Forderungen aus heiterem Himmel: Gewalt.

Wenn die Frauen sich dann bei der Polizei oder Gericht beklagten, waren auch dort dieselben Männer mit derselben Einstellung - und die Frauen wurden dort oft noch einmal zu Opfern von Gewalt. Die heute erreichten Rechte der Frauen - sei es, dass sie vermehrt über ihr Leben selber entscheiden, Sport treiben oder ihr Studienfach wählen können - waren also mit grössten Opfern erkämpft. Vorreiterinnen haben ihr Leben riskiert, um ein klein bisschen mehr Freiheit leben zu können. Die afghanischen Frauen wissen darum. Ihnen ist klar, was für sie nun auf dem Spiel steht.

### «Wir haben alles verloren»

Der neue Status quo seit Sonntag, dem Tag der erneuten Machtüber-

nahme der Taliban, ist für Frauenrechtsaktivistinnen niederschmetternd. «Wir Frauen haben alles verloren», sagt die Parlamentarierin Raihana Asad. «Und wir sind einem Angriff ausgesetzt, der sich kaum weniger schlimm anfühlt, als der Weltuntergang.» Sie schenke den Worten der Islamisten nicht den geringsten Glauben.

Diese hatten erklärt, sich auch für Frauenrechte einsetzen zu wollen - mit dem vagen Zusatz «im Rahmen der islamischen Scharia». Ein Taliban-Vertreter hatte diese Woche sogar einer Fernsehjournalistin ein Interview zur Sicherheitslage in Kabul gegeben, für Afghanen bislang unvorstellbar.

### Nach Hause geschickt

Es gibt aber auch Anzeichen, dass die Islamisten weiter nicht viel von Frauen halten. Eine bekannte Fernsehmoderatorin wurde diese Woche trotz Verschleierung von Taliban nach Hause geschickt. Asad sagt, auch Studentinnen in der Stadt Herat im Westen seien von Taliban nach Hause geschickt worden und man habe ihnen gesagt, sie bräuchten nicht mehr zu kommen. In Herat hatten sich lokalen Medien zufolge mehr Frauen als Männer an Universitäten eingeschrieben.

Raihana befürchtet, es ist alles nur eine Frage der Zeit. Sie habe die «reale Sorge», dass Mädchen, ganz wie früher, nicht mal mehr zur Schule gehen dürften, sobald sich die Taliban erst einmal besser aufgestellt hätten.

Die Bilder von öffentlichen Auspeitschungen oder Steinigungen von Frauen, die vielen von der ersten Taliban-Herrschaft in schauerhafter Erinnerung sind, werde es ihrer Meinung nach nicht mehr geben, sagt die Parlamentarierin Asad. Sie beobachte, wie sie bereits nach Frauenrechtsaktivistinnen suchten, auch nach ihr. «Ich glaube, sie werden Aktivistinnen und Frauen wie mich nicht öffentlich hinrichten», sagt sie schliesslich. «Sondern uns einfach verschwinden lassen.»

# Allianz aus Politik und Wirtschaft bekämpft 99-Prozent-Initiative in der Schweiz

**Vorstoss** Eine Allianz aus Politik und Wirtschaft bekämpft die 99-Prozent-Initiative der Jungsozialisten (Juso) in der Schweiz. Die Initiative will neue Steuern auf Kapitaleinkommen einführen. Das treffe vor allem KMU, Hauseigentümer, Landwirte, Kleinanleger und Start-ups.

«Wir haben es hier mit einer Vorlage zu tun, die erhebliche Risiken für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft mit sich bringt», sagte SVP-Präsident Marco Chiesa am Donnerstag vor den Medien in Bern. «Erneut wollen die Jungsozialisten ihre radikale Ideologie dem Mittelstand aufdrängen.» Chiesa eröffnete die Medienkonferenz des überparteilichen Nein-Komitees bestehend aus SVP, FDP, Mitte-Partei, Grünliberalen und dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse.

Anders als von der Juso behauptet, würden bei einer Annahme der Initiative nicht die Reichsten zur Kasse gebeten, sondern der Mittelstand, die Landbevölkerung und die kleinen und mittleren Unternehmen, argumentierte Chiesa. «Auch Land-

wirte sind Unternehmen», ergänzte Mitte-Nationalrat Thomas Rechsteiner (AI). Wenn Landwirte ihren Betrieb übergeben, werde sich der Preis für die Übergabe stark erhöhen, weil eine neue Steuer dazu komme. «Stabilität bei den Steuern sind für Unternehmen eine Notwendigkeit. Diese meines Erachtens falsch geschriebene Initiative lässt zu viele Fragen offen.»

Kritik an den offenen Formulierungen äusserte auch der Genfer FDP-Nationalrat Christian Lüscher: «Ich habe während meiner 14 Jahre im Parlament kaum einen so schlechten Initiativtext gelesen.» Offenbar sei der Text an einem Abend im Restaurant auf einem kleinen Papier verfasst worden. Er stelle sich dies auf jeden Fall so vor. Mit den Unklarheiten könnte die Initiative je nach Auslegung auch «eine Gefahr für Eigenheimbesitzer» sein, sagte Lüscher. Der Verkauf der eigenen Immobilie könnte von der neuen Steuer betroffen sein. «Das wäre ein Massaker.»

### Klimaschutz statt höhere Steuern

GLP-Vizepräsident Michel Matter argumentierte, dass die Investitionen der Wirtschaft in den Klimaschutz mit der Annahme der Initiative gebremst würden. Unternehmen müssten nun Geld haben, um Investitio-



SVP-Präsident Marco Chiesa. (Foto: Key)

nen in den Klimaschutz zu tätigen. «Wenn eine zusätzliche Steuer erhoben wird, wird es weniger Investitionen in absolut notwendige Klimamassnahmen geben.»

Dass mit der Annahme der Initiative auch die Übergabe von Unternehmen weiter erschwert werde, sei ein grosses Problem, sagte schliesslich Monika Rühl, Direktorin des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse. «Weil die Firmenübernahmen mit der neuen Steuer teurer werden, müssen sich die meist jungen Unternehmen noch stärker verschulden und könnten mit ihren Projekten

scheitern.» Aber eigentlich sei mit dem Initiativtext völlig offen, wer alles von der Steuererhöhung betroffen sein könnte. «Wir werden politisch ein riesiges Problem haben, mit solch einer offen formulierten Volksinitiative», sagte Rühl, «eigentlich wissen wir gar nicht, worüber wir abstimmen.»

### Verteilungsgerechtigkeit als Ziel

Die Initiative verlangt, dass Kapitaleinkommen, also etwa Einnahmen aus Kursgewinnen auf Aktien oder Dividenden, ab einem bestimmten Schwellenwert zu 150 Prozent besteuert werden, also 50 Prozent höher als Lohn Einkommen. Die Initianten denken an einen Schwellenwert von rund 100 000 Franken. Bis zu diesem Betrag würde das Einkommen in der tatsächlichen Höhe besteuert, der Betrag darüber hinaus eineinhalbmal so hoch. 1 Franken würde also als 1 Franken 50 Rappen besteuert.

Die zusätzlichen Einnahmen des Bundes sollen nach dem Willen der Initiantinnen und Initianten konsequent umverteilt werden, um die Steuern auf tiefe und mittlere Löhne zu senken oder die zusätzlichen Steuereinnahmen für die Krankenkassenprämien oder die Bildung zu verwenden. (sda)

### In der Schweiz

## «Es ist genug Ehe für alle da»

BERN Vertreter aller sechs Parlamentsfraktionen wollen der Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zum Durchbruch verhelfen. Am 26. September könne die Stimmbewölkerung mit einem Ja zur «Ehe für alle» die heutige Diskriminierung beseitigen. Das überparteiliche Komitee mit dem Namen «Ja für alle» hat am Donnerstag seine Argumente präsentiert. Angeführt wird es von der Berner GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy. Sie hatte 2013 das Thema wieder aufs politische Parkett gebracht. Fast acht Jahre später sagt sie: «Die «Ehe für alle» ist überfällig und eine Selbstverständlichkeit.» Ausser Italien und Kleinststaaten wie der Vatikan ermöglichten alle westeuropäischen Staaten die gleichgeschlechtliche Ehe bereits. Es werde Zeit, «eines der zentralsten gesellschaftspolitischen Anliegen» durchzusetzen. Alles andere sei «entwürdigend». Laut dem Ausserrhodener FDP-Ständerat Andrea Caroni lässt sich die heute geltende «staatliche Diskriminierung» nicht länger begründen. Die «Ehe für alle» nehme niemandem etwas weg. Am Schluss gewinne die ganze Gesellschaft. «Es ist genug Ehe für alle da.» Unterstützt wird das Anliegen auch vom Zürcher SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt. «Alle Leute sollen ihr Leben frei gestalten können», sagte er. (sda)